

4

Vorlage für Herrn Bürgermeister Dr. Vierling.

Betr.: Sitzung des Beirats des Bürgermeisters am 27. April 1945.

---

Nach dem Weggang des Herrn Bürgermeisters werden noch folgende Punkte behandelt:

- 1) Nach einem Gesamtbericht von Drö Paulsen zur wirtschaftlichen Lage wird empfohlen:  
Die baldige Konstituierung des Beirats, Präsidiums und der Geschäftsführung der Wirtschaftskammer Leipzig in der vom Military Government vorgesehenen Form durchzuführen.  
Die Kammer soll weiterhin ihr besonderes Augenmerk auf die Schaffung weiterer Möglichkeiten für die Wiederingangsetzung von Betrieben richten.  
Von der wachsenden Einschaltung der Kammer in die Erledigung wirtschaftlicher Fragen durch das Military Government wird Kenntnis genommen.  
Der Herr Bürgermeister wird aufmerksam gemacht auf das Problem der Zahlung von Gehältern, Renten, Pensionen usw., die bisher von Reichs- oder Landesdienststellen geleistet wurden.
- 2) Der Herr Bürgermeister wird aufmerksam gemacht auf die Notwendigkeit, sich mit der Frage des Landkreises Leipzig zu beschäftigen: Ersetzung des bisherigen Landrats, - Unzweckmäßigkeit der bisherigen Verwaltungsgrenzen mit Rücksicht auf die nicht eingemeindeten Vororte - Schwierigkeiten des "Grenzverkehrs".
- 3) Der Herr Bürgermeister wird darauf hingewiesen, daß durch die Schließung der Schulen und Gerichte eine größere Zahl von Lehrern, Richtern und sonstigen geeigneten Personen zur Verfügung steht, die vielleicht bei der Lebensmittelkartenverteilung und der Vorbereitung der Unterlagen hierfür eingesetzt werden kann. Herr Prof. Müller teilt dazu mit, daß sich der Goethe-Bund mit rund 2000 Mitgliedern für solche Aufgaben zur Verfügung steht.
- 4) Der Herr Bürgermeister wird gebeten zu veranlassen, daß ein zuständiger Herr des Wohlfahrtsamtes wegen der dringend erforderlichen Fürsorge für Lehrlings-, Jugend- und Kinderheime

mit dem Karitas-Verband und der Inneren Mission in Verbindung setzt.

- 5) Der Herr Bürgermeister wird wiederholt gebeten, die Frage zu erörtern, wieweit der Rundfunk zur Unterrichtung der Leipziger Bevölkerung über neue Maßnahmen usw. eingesetzt werden kann, besonders auch zur raschen Zerstreung immer wieder auftauchender und beunruhigender Gerüchte. Eine tägliche Sendung zu festen Zeiten wird empfohlen.
- 6) Der Herr Bürgermeister wird gebeten zu veranlassen, daß die Gültigkeit der am 1. Mai ablaufenden Pässe der Mitglieder gewünscht, daß sich die Gültigkeit auch auf die Überschreitung der Stadtgrenzen von Leipzig bezieht.
- 7) Der Beirat wird, falls der Herr Bürgermeister keinen gegenteiligen Bescheid gibt, am Dienstag, den 1. Mai nachmittags 15 Uhr wieder zusammentreten.

27. IV. 55

Anwesenheitsliste

Hr. J. Jannow

Ernst Habermann

H. P. ...

H. ...

H. ...

A. ...

D. ...

H. ...

Hr. ...

Hode -

A. V. 1945

G. van Schoen

A. Bieder

H. Wollig

H. Wollig

Koch.

G. Tamm

D. Tamm

A. Reipig

Ernst Habermann

L. H. Spillner

Litt

Schubert

H. Wollig

Hollender

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Beirates der Stadtverwaltung am 8.5.1945.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling eröffnet die Sitzung und berichtet, daß mit grösster Dringlichkeit die Neubesetzung der Dezernate der Stadtverwaltung durchgeführt werden muss, da sonst Eingriffe der Militärregierung drohen. Leider ist über die Besetzung der Mehrzahl der Dezernate bisher keine einheitliche Auffassung bei den einzelnen Gruppen der Bürgerschaft, die ihre beratende Mitwirkung zugesagt haben, erzielt worden. Eine sofortige Entscheidung ist aber notwendig. Erfreulicherweise konnte in einer wichtigen Abteilung der Stadtverwaltung, beim Polizeipräsidium, die Neubesetzung der Stelle des leitenden Beamten einer allseitig befriedigenden Lösung zugeführt werden. Herr Bürgermeister gibt Herrn Polizeipräsidenten F l e i s s n e r das Wort.

Herr Polizeipräsident Fleissner berichtet, dass er das bis 1933 von ihm betreute Amt in einem völlig veränderten Zustand angetroffen habe. Entsprechende organisatorische Massnahmen sind eingeleitet. Die Militärregierung hat den Wunsch, die Leipziger Polizei als Muster aufzuziehen. Die Leipziger Polizei ist zur Zeit die einzige uniformierte Polizei im deutschen Reiche. Der amerikanische Sicherheitsdienst prüft jetzt die Personalien der Beamten nach. Es sind teils Verhaftungen, teils Entlassungen erfolgt. Von der Kriminalpolizei sind 57 Beante verhaftet worden, die für Gestapo, SS und Sicherheitsdienst der SS gearbeitet haben. Entlassen worden sind die Parteimitglieder vor dem Stichtag 1933, ferner die Parteimitglieder, die ein Amt von besonderer Bedeutung in der NSDAP bekleidet haben. Die Polizeioffiziere sind mit ein bis zwei Ausnahmen geblieben. Polizeipräsident v. Grolman ist Kriegsgefangener, und Dr. Ebbecke und v. Zschinsky sind verhaftet.

Besondere Schwierigkeiten bereitet die Ausländerfrage. Die Zahl der Ausländer wird jetzt in Leipzig auf 75 000 geschätzt. Sie haben die Lager zertrümmert und sich in Fabriken, Kellern und ähnlichen Baulichkeiten eingenistet. Raub und Plünderung, besonders auf dem Lande, sind an der Tagesordnung. Ferner sind in einzelnen Fällen Geldschränke aufgeknackt worden. Die nur mit

Knüppeln bewaffnete Polizei ist gegenüber diesem Treiben machtlos. Die Zuchtlosigkeit betrifft vor allem die Angehörigen der Ostvölker. Holländer, Belgier und Franzosen erweisen sich als arbeitswillig und dankbar für jeden Schutz gegenüber den Angehörigen der vorgenannten Völker. Es ist beabsichtigt, die Ausländer nach und nach durch Razzien mit Hilfe der amerikanischen Polizei zu entwaffnen. Eine endgültige und befriedigende Lösung der Frage der Ausländer ist erst von deren Abtransport zu erwarten.

Herr Polizeipräsident Fleissner führt weiter aus, dass sich in der Nähe der alten Handelsbörse ein schwungvoller schwarzer Markt auf der Basis Zigaretten gegen Lebensmittel, Bekleidung und dergl. aufgetan hat. Wert einer Zigarette gleich 10.-- RM, 20 Zigaretten gleich eine Wurst usw. Es ist beabsichtigt, den schwarzen Markt in den nächsten Tagen mit Unterstützung der amerikanischen Polizei auszuheben.

Eine Neufassung haben, wie Herr Präsident Fleissner weiter ausführt, die Bestimmungen über die Passierscheine erfahren. Bis 6 km sind jetzt überhaupt frei. Für 6 - 25 km (bisher bis 20 km) stellen die Passierscheine nach wie vor die Polizeiabschnitte aus. Die übrigen Bestimmungen sind unverändert geblieben. Um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die für in Leipzig beschäftigte Personen mit Wohnsitz in den Vororten aufgetreten sind, ist bestimmt worden, dass die Behörden eine geschlossene Liste aller in Frage kommenden Dienstangehörigen über das Polizeipräsidium an die amerikanische Militärregierung, z.Hd. des Herrn Major White, geben. Die Militärregierung wird für die Ausstellung der Pässe sorgen und diese nach auswärts zustellen. Private Betriebe können diese Regelung nur in Anspruch nehmen, soweit sie als lebenswichtig anerkannt oder sonst zur Wiedereröffnung zugelassen sind.

Herr Polizeipräsident Fleissner führt weiter aus, dass er als seinen Stellvertreter Herrn Oberreg. Rat. und späteren Ministerialrat Dr. Schulze gewonnen hat, der seit 1937 pensioniert und seitdem als Rechtsberater

u.a. für das Bibliographische Institut, Leipzig tätig war. Leiter der Schutzpolizei ist Oberstleutnant Fröhlich. Die Zahl der berufsmässigen Polizeibeamten besteht zur Zeit nur aus einer kleinen Gruppe. Die meisten Polizeiangehörigen sind Hilfspolizei. Von diesen sind bestimmte Berufe, wie Landwirte, Gärtner und Frisöre zu entlassen. Die anderen müssen polizeilich ausgebildet werden. Die Errichtung einer Polizeischule ist beabsichtigt. Bei der Polizei wird auch wieder eine berittene Abteilung aufgestellt. Die Kriminalpolizei verfügt zur Zeit über sehr wenige ausgebildete Kriminalisten. Die Verwaltungspolizei ist übersetzt. Der Neuaufbau wird sich hier deswegen besonders schwierig gestalten, weil die Akten grösstenteils vernichtet worden sind. Insbesondere muss das seit 1813 bestehende Einwohnermeldeamt völlig neu aufgebaut werden, da die Kartei gänzlich vernichtet ist. Der erste Grundstein dazu wird bei der demnächst erfolgenden Ausgabe der Lebensmittelkarten gelegt werden, durch Inanspruchnahme der dabei gewonnenen statistischen Unterlagen. Von den Akten ist nur ein Teil der Kriminalakten und ein kleiner Teil der Personalakten sichergestellt worden. Auch ein Teil der Personalakten der Stadtverwaltung ist noch vorhanden.

Die Stadtpolizei ist auch dem Polizeipräsidium unterstellt.

Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g stellt fest, daß auf dem wichtigen Gebiete der Polizei die Neukonstituierung gelungen ist. Sie muss bei den übrigen Abteilungen der Stadtverwaltung nunmehr mit grösster Beschleunigung vorgenommen werden. Besondere Schwierigkeiten bereitet die Besetzung der Stelle des Leiters des Gesundheitsamtes. Herr Ob. Med. Rat Dr. V e t z b e r g e r, der gegen seinen, des Bürgermeisters, Wunsch von der amerikanischen Militärregierung ernannt worden war, ist verhaftet. An seiner Stelle hat er Herrn Med. Rat Dr. S c h ü t z in der Sitzung des Beirates vor 8 Tagen mit dessen allgemeiner Zustimmung vorgeschlagen. Schwierigkeiten haben sich dadurch ergeben, dass Prof. Dr. S e y f f a r t h von der Führung der amerikanischen Armee in Weimar für ein grösseres Gebiet, das aber Leipzig einschliesst, zum Leiter des zivilen Gesundheitswesens bestimmt worden ist.

Herr Obermed. Rat. Dr. S c h ü t z führt dazu aus, dass der Leiter des städtischen Gesundheitsamtes unabhängig sein und dem Bürgermeister allein verantwortlich bleiben muss. Er muss allein im Stadtgebiet zuständig sein. Kompetenzüberschneidungen

und Unklarheiten in der Verantwortlichkeit müssen vermieden werden.

Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g stellt nochmals fest, dass er die Absicht hat, Herrn Ob.Med.Rat Dr. S c h ü t z zum Leiter des Leipziger Gesundheitswesens zu ernennen. Der Beirat stimmt zu.

Direktor K o c h gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass die Polizei konstituiert ist, da die Wirtschaft daran das grösste Interesse hat. Auf wirtschaftlichem Gebiete hat sich die Kohlen- und Stromlage wesentlich gebessert. In dieser Hinsicht sind alle Voraussetzungen für eine Wiederankurbelung der Wirtschaft gegeben. Es besteht aber ein drückender Mangel an Zahlungsmitteln. Nur 150 000 000.-- RM Bargeld liegen in den Leipziger Banken. Major Eaton hat angeordnet, dass nur an Handwerksbetriebe und andere bevorzugte Betriebe der Wirtschaft Lohngehälter gezahlt werden dürfen. Der grösste Teil der Leipziger Arbeiterschaft ist damit zunächst Brotlos. Die Arbeiter sollen auf das Land gehen, um den Bauern zu helfen. Das Land will sie aber nicht haben. Dieser Tatbestand muss zu schweren Rückwirkungen auf die Lage der Gesamtwirtschaft und des Arbeitsmarktes führen, wenn sich diese Verhältnisse nicht bessern.

Sehr deprimierend ist ferner die Lage im Ernährungssektor. Die Versorgung der Bevölkerung ist nur für Mehl, Getreide und Nahrungsmittel für einige Wochen gesichert. Fleisch und Fett fehlen fast gänzlich. Vorschläge an die Militärregierung, das Einzugsgebiet an Nahrungsmitteln für Leipzig zu erweitern, sind dadurch in ihrer Durchführung behindert, dass die russischen Armeen inzwischen bis an die Mulde (Vereinigte und Zwickauer Mulde) vorgedrungen sind. Die Güter werden nach wie vor unter Waffenandrohung geplündert. Die Ernährung der Stadt Leipzig ist schwer gefährdet, wenn keine Änderung eintritt.

Herr Bürgermeister schneidet die Frage der Zusammensetzung des Beirates an. Er teilt mit, dass Herr Oberkirchenrat F r ö h l i c h aus politischen Gründen, und weil sich sein Amtsgebiet nur in einzelnen kleinen Teilen auf das Stadtgebiet Leipzig, sonst auf Leipzig-Land erstreckt, aus dem Beirat ausscheiden möchte.

Herr Dr. S c h u m a n n stellt dazu fest, dass

ein Vertreter der evangelischen Kirche im Beirat genügt.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling bittet weiter darum, dass in den Beirat auch Vertreter der Arbeiterklasse berufen werden möchten.

Herr Dr. Schumann schlägt Herrn Böhler vor.

ZIX

Herr Generalkonsul Dr. Holländer teilt mit, dass Herr Dr. Zeigner, ~~der~~ sich bereiterklärt hat, dem Beirat beizutreten, wenn er in diesen berufen wird.

Herr Präsident Fleissner will eine Liste von 10 bis 15 geeigneten Persönlichkeiten aus den Kreisen der Arbeiterschaft für den Beitritt in den Beirat vorschlagen.

Herr Dr. v. Schoen-Wildeneck wünscht, dass der Beirat klein gehalten wird, und erklärt sich für seine Person bereit, auszuscheiden, falls durch Neuaufnahmen weiterer Mitglieder der Kreis sich zu gross gestalten sollte.

Auf eine Frage, die Errichtung einer freien Gewerkschaft in Leipzig betreffend, führt

Herr Präsident Fleissner folgendes aus: Die Vorbereitung für die Gründung einer freien Gewerkschaft in Leipzig stehen im engen Zusammenhang mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland. Wer dahintersteht, ist fraglich. Die Personen, die hervorgetreten sind, sind ordentliche Leute. Das Komitee hat sich umgetauft in "Ortsausschuss für die Begründung einer freien Gewerkschaft". Die angebliche Erlaubnis der Militärregierung ist nicht erteilt worden. Zwei Richtungen sind bei diesen Bestrebungen vertreten, eine, die den Zielen der ehemaligen SPD nahesteht, eine andere, die sich mit den Zielen der ehemaligen KPD deckt. Letztere arbeitet fieberhaft, sodass die andere Seite unruhig geworden ist.

Präsident a.D. Dr. Köhler bittet, die Ergänzung des Beirates durch Vertreter der Arbeiterschaft mit Nachdruck zu betreiben. Diese müssen vertreten sein.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling hält die Ergänzung des Beirates für eine sekundäre Frage. Der Beirat ist nach aussen nicht hervorgetreten. Zunächst gilt es, die Leitenden

Stellen der Verwaltung mit geeigneten Persönlichkeiten zu besetzen. Die Stellen werden in den nächsten Tagen so besetzt werden, dass alle Kreise der Bevölkerung zufrieden sein werden.

Es wird dann der Wunsch ausgesprochen, dass die Verlegerschaft im Beirat vertretensein möchte.

Herr Präsident F l e i s s n e r schlägt hierzu vor, dass einzelne Vertreter der unmittelbar berührten Berufskreise von Fall zu Fall zugezogen werden möchten.

Herr Dr. P a u l s e n erklärt, dass die Wirtschaftskammer die Verlegerschaft vertritt.

Herr Präsident F l e i s s n e r weist auf die kulturelle Seite des Problems hin, die im Einzelfalle die Ergänzung des Ausschusses durch die Zuziehung eines weiteren Sachverständigen bedingen könnte.

Herr Präsident F l e i s s n e r betont nochmals, dass die Dezernate schnellstens wieder aufgebaut werden möchten. Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g kann das nicht allein bewerkstelligen. Nach Ausführung über die Bedeutung der einzelnen Dezernate, bittet er, die linke Seite bei ihrer Besetzung nicht auszuschliessen; er schlägt als geeignete Persönlichkeit den früheren Stadtrat F r e y t a g vor. Rücksichten auf die Altersgrenze dürfen dabei, falls alle anderen Voraussetzungen vorhanden sind, nicht ausschlaggebend sein.

Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g stellt fest, dass sich die Ausführungen des Herrn Präsidenten Fleissner der Auffassung der Militärregierung anschliessen. Diese wünscht, dass auf die Beamten vor 1933 zurückgegriffen wird. Herr Bürgermeister erbittet und erhält die Ermächtigung, schnell und ohne Zustimmung des Beirates bei der Besetzung der Dezernate zu handeln. Er spricht die Hoffnung aus, dass es ihm möglich sein werde, schon zur nächsten Beiratssitzung eine ziemlich vollständige Liste der leitenden Beamten der Stadtverwaltung vorlegen zu können.

Herr Präsident F l e i s s n e r bittet, mit besonderem Nachdruck die Neubesetzung der Stelle des Stadtkämmerers zu betreiben. Als geeignete Persönlichkeit wird Herr Präsident a.D. Dr. K ö h l e r vorgeschlagen. Herr Dr. Köhler bittet

P. S.

um Bedenkzeit.

Für die Stelle des Generaldirektors der Stadtwerke und Verkehrsbetriebe wird der frühere Direktor der Thüringer Gasgesellschaft Otto Weber, Wohnung Markkleeberg-Ost, Richard Wagner-Str. 7 vorgeschlagen.

Direktor Koch lenkt die Aufmerksamkeit des Beirates auf die Besetzung der Stelle des Leiters des Arbeitsamtes Leipzig durch Dr. Levié.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling bemerkt dazu, dass die Besetzung dieser Stelle dringend notwendig geworden sei, da Reg.Dir.Dr. Handrick, der bisherige Leiter, eine wenig glückliche Hand gehabt habe und inzwischen verhaftet worden sei. Herr Bürgermeister stellt fest, dass er in kürzester Zeit auf eine anderweite Besetzung der Stelle zukommen wird, falls der in Aussicht genommene Inhaber die Stelle nicht sogleich antreten könnte und sich nicht bewährt.

Herr Generalkonsul Dr. Hollender weist auf die Gefahren durch Plünderung und sonstige Verluste hin, die den wertvollen Beständen der Universitätsbibliothek und der anderen Buchereien drohen, die im Völkerschlachtdenkmal untergebracht sind. Er bittet um baldigen Abtransport.

Herr Präsident Fleissner hält das Problem des Schutzes der Bücherbestände für das Vordringliche. Er schlägt vor, die Militärregierung zu bitten, die bisherige Wache der Belgier durch eine solche der Amerikaner zu ersetzen. Der Abtransport ist seiner Ansicht nach eine sekundäre Frage.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling weist darauf hin, dass auch der Abtransport baldigst in die Wege geleitet werden muss, da die Entlüftungsanlage nicht funktioniert.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling macht Ausführungen über die Finanzfragen. Es besteht ein empfindlicher Mangel an Bargeld. Ein grosser Transport von Geldscheinen - nach der einen Angabe 500 Millionen, nach der anderen 130 Millionen RM - ist nicht in Leipzig eingetroffen. Zur Abhilfe ist der Versuch gemacht worden, 500 Millionen RM Papiergeld durch die Stadtverwaltung herauszugeben. Die Genehmigung bei der amerikanischen Militärregierung ist beantragt, aber bisher nicht erteilt worden. Alle Steuereinnahmen, auch die Reichs- und Landessteuern in voller Höhe, sollen, soweit sie in Leipzig eingehen, der Stadt zur Ver-

fügung gestellt werden. Zur Klärung der Finanzfrage wünscht Herr Bürgermeister die Bildung eines Gremiums, das sich aus Bank-, Finanz- und Steuerfachmännern zusammensetzt. Herr Bürgermeister teilt weiter mit, dass von der Militärregierung an ihn die Forderung gestellt worden ist, für die nächsten Jahre einen Etat aufzustellen. Er betont die kaum überwindbaren Schwierigkeiten, die sich der exakten Durchführung dieses Vorhabens unter den gegenwärtigen Verhältnissen entgegenstellen.

Herr Dr. v. Schoen bemerkt dazu, dass sich die Einnahmen einigermaßen übersehen lassen werden. Was sich an Ausgaben nicht durch ordentliche Einnahmen decken lässt, muss auf einen ausserordentlichen Etat übernommen werden. Er betont, dass ein Bankfachmann nur beratend mitwirken kann. Die Aufgabe an sich sei eine solche der Finanzfachmänner.

*Finanzen*  
Herr Bürgermeister Dr. Vierling bittet, dass in das vorgenannte Gremium Direktor Bassermann, den Herr Dr. v. Schoen vorschlägt, und Reichsbankdirektor ~~Grafe~~<sup>Grafe</sup>, der frühere städt. Finanzamtsdirektor Schräpler, der jetzige Finanzamtsdirektor Rudolph, der Leiter des Stadtsteueramts Stadtdir. Dr. Fiedler und als Vertreter der Wirtschaft Herr Dr. Paulsen aufgenommen werden sollen. (Herr Messamtspräs. a. D. Dr. Köhler hat am 9.5.45 gebeten, dass auch er mit Rücksicht auf die schwebende Frage der Besetzung des Postens des Stadtkämmerers in das Gremium berufen wird.)

Herr Bürgermeister Dr. Vierling führt zur Finanzfrage weiter aus, dass der Familienunterhalt stark eingeschränkt werden muss. Er kann künftig nur in Höhe und nach Massgabe der Fürsorgesätze gezahlt werden.

Herr Dr. Paulsen führt aus, dass es sich bei den erörterten Finanz- und Geldfragen

- 1.) um ein technisches Problem - Mangel an Zahlungsmitteln -
- 2.) um ein steuerlich-organisatorisches Problem - die Erfassung und Verwendung der zur Verfügung stehenden Steuern - und
- 3.) um ein sachliches Problem - die Feststellung der vorhandenen Steuerquellen -

handelt. Er regt an, auch einen Vertreter der Wirtschaft in das Gremium der Finanz- und Steuerfachleute einzubeziehen.

Er selbst wird als Vertreter der Wirtschaft vorgeschlagen.

Herr Dr. v. Schölene weist darauf hin, dass die Vorauszahlungen künftig wegfallen. Er regt an, an ihrer Stelle eine Vermögenssteuer zu erheben.

Um den Eingang der notwendigen Steuereinnahmen sicherzustellen, regt der Beirat an, dass

- 1.) In einer Bekanntmachung festgestellt wird, dass die Steuern in der bisherigen Höhe weiter zu zahlen sind und Anträge auf Herabsetzung der Steuern für diesen Termin abgelehnt werden müssen,
- 2.) dass Massnahmen getroffen werden, die eine Abwanderung der in Leipzig erhobenen Steuern nach auswärts verhindern.

Herr Finanzamtsdir. Rudolph soll sich deswegen mit Oberleutnant Schmidt von der Militärregierung in Verbindung setzen.

Herr Dr. Schumann unterrichtet den Beirat über die Frage der Rückkehr der Thomaner. Die Rückkehr der Schüler mit 3 Lehrern ist erledigt. Für die Rückkehr des Thomanerchors, der 60 Schüler umfasst, darunter 35 hiesige und 25 auswärtige Schüler, ist die Unterbringungsfrage sichergestellt. Alle 60 Schüler können im Alumnat schlafen. Die 35 hiesigen Schüler sollen zu Hause gepflegt werden, die 25 auswärtigen im Alumnat, sobald die Küche wiederhergestellt ist. Die jetzt in der Thomaschule untergebrachte Fremdsprachenschule wird in das Hermann-Goering-Heim überführt.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling bemerkt dazu, dass die Genehmigung zur Rückkehr des Thomanerchors von der Militärregierung erteilt wird, sobald die Transport- und Unterbringungsfrage gelöst ist. Er bittet um eine namentliche Liste der in Frage kommenden Personen.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling teilt weiter mit, dass die nach der Machtübernahme geänderten Strassennamen umbenannt werden. Es sollen die alten Namen und Nummern wieder eintreten.

Für die Erfassung und Neuanmeldung von Wohnraum soll ein Gremium gebildet werden, dem Herr Architekt Peuser, Herr Architekt Beier, Herr Dr. Mathias und Herr Präs.a.D. Dr. Köhler angehören sollen.

*Wohnung*

F

Gemüse-  
Großhändler

Es wird weiter festgestellt, dass die Herren  
Edgar F o, r b e r g und Prof. Müller-Lennartz ihre Mit-  
arbeit zur Verfügung gestellt haben.

Herr Prf. Müller regt an, dass ein Zeitungsblatt  
in Leipzig erscheinen möchte.

Beginn der Sitzung 15.30 Uhr, Ende 18.45 Uhr.

*J. Schöningh*

Herr ...  
Operational ...

Herr ...  
die Frage ...  
mit 3 ...  
der 60 ...  
Schüler ...

50 Schüler ...  
sollten ...  
sobald ...  
schule ...

Herr ...  
bestimmte ...  
erlaubt ...  
Ist ...

Herr ...  
die ...  
werden ...  
für die ...

gründlich ...  
Schlichter ...  
da ...

L. Günemann ✓

H. Reinhold ✓

Dr. Th. Litt ✓

H. Otto ✓

Prof. Dr. Müller ✓

H. Rieder ✓

K. Thüß ✓

Dr. Tölsing ✓

Dr. v. Stroem ✓

H. Weber ✓

Koch ✓

Dr. Roman ✓

A. Riebig ✓

Dr. Pannau ✓

Dr. Paul Hollender ✓

10/10

The first part of the question asks for the definition of a function. A function is a relation between a set of inputs and a set of possible outputs, where each input is related to exactly one output.

The second part of the question asks for the domain and range of the function  $f(x) = x^2 + 2x - 3$ . The domain is the set of all real numbers,  $\mathbb{R}$ . The range is the set of all real numbers greater than or equal to -4,  $[-4, \infty)$ .

The third part of the question asks for the inverse of the function  $f(x) = x^2 + 2x - 3$ . The inverse function is  $f^{-1}(x) = \sqrt{x+4} - 1$ .

The fourth part of the question asks for the derivative of the function  $f(x) = x^2 + 2x - 3$ . The derivative is  $f'(x) = 2x + 2$ .

The fifth part of the question asks for the integral of the function  $f(x) = x^2 + 2x - 3$ . The integral is  $\int (x^2 + 2x - 3) dx = \frac{1}{3}x^3 + x^2 - 3x + C$ .

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Beirates der Stadtverwaltung am 15.5.45.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, dass die von Herrn Präsident Dr. Köhler geleitete Kommission für die Erfassung und Anmeldung von Wohnraum, die dem Protokoll als Anlage I beigelegt und den Mitgliedern des Beirates vorliegenden Vorschläge nebst dem Entwurf einer Anordnung zur Wohnraumlenkung ausgearbeitet hat. Die Vorschläge sehen eine weitgehende Einschaltung des Haus- und Grundbesitzervereins in die Erfassung und Lenkung des Wohnraumes vor.

verlesen  
1.

Herr Architekt P e u s e r berichtet kurz über die Ergebnisse der Beratungen der Kommission.

Herr Präsident Dr. Köhler fasst diese Ausführungen nochmals kurz zusammen und betont, dass die bisherigen, dem Haus- und Grundbesitzerverein übertragenen Aufgaben im wesentlichen unverändert geblieben sind. Sie haben nur insofern eine Erweiterung erfahren, als die dauernd vom Wohnungsinhaber nicht in Anspruch genommenen Wohnungen in die Neuregelung einbezogen worden sind und auch die Wohnungen der Altparteigenossen, insbesondere diese Vorteile von ihrer Parteizugehörigkeit gehabt haben (die sogenannten Bonzenwohnungen), erfasst werden sollen, <sup>soweit</sup>

Herr Bürgermeister Dr. Vierling bestätigt die frühere Mitarbeit des Vereins, bemerkt aber, dass die neuen Forderungen doch erheblich über das frühere Mass hinausgehen. Er hält eine nochmalige Beratung durch die Kommission für erforderlich.

Herr Architekt P e u s e r bittet, schon heute Entschliessung zu fassen und auf weitere Kommissionsberatungen zu verzichten.

Herr Bürgermeister hält eine sofortige Entschliessung des Beirates nicht für zweckmässig, da der Beirat sich nicht mit Einzelheiten befassen kann und das Dezernat für das Wohnungs- und Siedlungswesen noch nicht besetzt ist. Er hält es für ausgeschlossen, dass der Entschliessung des Dezernenten bei dieser wichtigen und für die Gestaltung der künftigen Wohnraumerfassung und -Lenkung schlechthin ausschlaggebenden Frage durch den Beirat vorgegriffen wird.

(Herr Architekt Peuser verlässt die Sitzung.)

Herr Bürgermeister hebt nochmals hervor, dass der Anspruch des Haus- und Grundbesitzervereins stark in städtische Belange eingreift, und äussert Bedenken, in diesem Umfange den Wünschen einer Privatorganisation stattzugeben. Die Stadt würde sich auch in personeller Hinsicht bei Eingehen auf die Forderungen des Vereins sehr weitgehend ihres Einflusses begeben.

Herr Dr. v. Schoenen bemerkt dazu, dass Herr Architekt Peuser auch als ehrenamtlicher Stadtrat der Dienstaufsicht des Bürgermeisters unterstehen wird.

Herr Bürgermeister erwidert darauf, dass ein ehrenamtlicher Stadtrat nicht der strengen Bindung an Weisungen unterliege, wie ein hauptamtlicher. Für das Dezernat Wohnungs- und Siedlungswesen sei als hauptamtlicher Dezernent auch eine andere geeignete Persönlichkeit vorgesehen.

Herr Dr. Paulsen unterstreicht die Auffassung, dass das Dezernat des Wohnungs- und Siedlungswesens kein Posten für Interessenten des Hausbesitzes sei, wenn sich <sup>nicht</sup> erhebliche soziale Spannungen ergeben sollen.

Herr Bürgermeister bemerkt noch, wenn gesagt worden ist, dass dieser Posten auf jeden Fall mit einem Interessenten, Hausbesitzer oder Mieter, besetzt werden müsse, wenigstens im Regelfall, so sei es doch ein Unterschied, ob es sich um einen Exponenten einer dieser beiden Organisationen oder lediglich um einen Hausbesitzer oder Mieter handelt, der keine betonte Zugehörigkeit zur einen oder anderen Organisation besitzt.

Herr Generalkonsul Hollender äussert, dass die Angelegenheit auf die Frage, ob ein Fachmann oder ein Parteimann mit diesem Posten betraut werde, hinauslaufe. Man solle nicht wieder in die alten Fehler verfallen. Er hebt die Dringlichkeit der Angelegenheit hervor.

Herr Bürgermeister nennt als Bewerber für den Posten des Stadtrates für das Wohnungs- und Siedlungswesen den früheren Herrn Stadtrat Freytag, der bereits vor der Machtübernahme dieses Amt bekleidet hat und von Herrn Oberbürgermeister Dr. Godeler als Mitarbeiter hochgeschätzt worden ist. Der in Aussicht genommene Dezernent ist Fachmann und Parteimann zugleich. Das politische Moment kann bei der Besetzung der Stadtratsposten vom fachlichen nicht getrennt werden. Es sei daher auch bei den

Vorschlägen an die Militärregierung, die 10 Bewerber umfassen, zwischen Rechts- und Linkorientierung die Waage gehalten, wenn auch das genaue Verhältnis 5 : 5 mehr einem Zufall entspräche. Es sei bei den Vorschlägen auch dem Wunsche der Militärregierung Rechnung getragen worden, frühere leitende Beamte der Stadtverwaltung zu berücksichtigen.

Herr Generalkons. Hollender weist nochmals daraufhin, dass auf einen solchen Posten, wie Grund- und Hausbesitz, jemand gehören, der selbst Grund- und Hausbesitzer sei.

Herr Bürgermeister hebt demgegenüber hervor, dass das Dezernat, zu dem der Grundbesitz gehört, eine Reihe von Abteilungen hat, die von Fachmännern geleitet werden. Es ist daher ebenso wenig, wie etwa beim Schulwesen, nötig, dass der Dezernent ein Spezialfachmann ist. Auf Vorschlag von Herrn Gen.Kons.Hollender wird beschlossen, dass zur Stellungnahme zu den Anträgen des Haus- und Grundbesitzervereins nochmals unter dem Vorsitz von Herrn Präs.Dr.Köhler die Kommission für Erfassung und Zuteilung von Wohnraum zusammentreten soll. Als weiteres Mitglied soll Herr Gen.Kons.Dr.Hollender zugezogen werden.

Herr Bürgermeister berichtet über Finanz- und Steuerfragen und die darüber mit der Militärregierung geführten Verhandlungen. Alle Steuereinnahmen einschliesslich der Reichs- und Landessteuern sollen, soweit sie in Leipzig eingehen, der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Dafür soll die Stadt auch die Gehälter der Reichs- und Landesbeamten tragen. Die Militärregierung wünscht, dass die Bezahlung auf Reichs- und Landesbeamte eingeschränkt wird, deren Dienst für die Aufgaben der Stadt in Betracht kommt, und auf Reichs- und Landesbeamte, die politisch in Ordnung sind.

Hinsichtlich der Zahlung von Vergütungen für Kriegssachschäden hat die Militärregierung diese Notwendigkeit sowohl für die Nutzungsschäden als auch die Totalschäden verneint. Dasselbe gilt für die Vergütung für Leistungen auf dem Gebiete der baulichen Sofortmassnahmen. Es wird aber erwartet, dass eine spätere Entscheidung nach Erstattung eines Gutachtens durch

eine Fachkommission auch hier den Notwendigkeiten einer Regelung Rechnung trägt, da die Konsequenzen sonst verhängnisvoll sein würden. Eine Nichtvergütung der baulichen Sofortmassnahmen z.B. und die Unterlassung entsprechender Massnahmen müsste zu einer wesentlichen Erhöhung der Nutzungsschäden führen.

Herr Bürgermeister bittet, dass der Finanz- und Steuerausschuss sich auch der Frage der Kriegssachschäden, insbesondere der Nutzungsschäden, annehmen möchte.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, ob gewisse Möglichkeiten bestehen, auf dem Gebiete der Vergütung der Kriegssachschäden wesentliche Einsparungen zu erzielen, z.B. durch Umstellung der bisher zweifachen Verfahrensmöglichkeiten lediglich auf das Beihilfeverfahren, wie Herr Stadtdirektor Dr. Fröbel vorschlägt. Dagegen werden rechtliche Bedenken geäussert.

Herr Dr. v. Schoen schlägt vor, dass an Vergütung für Kriegssachschäden nur das ausgezahlt wird, was unbedingt zum Leben gebraucht wird.

Herr Dir. Koch äussert, dass Major Eaton sich in den Besprechungen mit dem Herrn Bürgermeister anscheinend nicht gegen die Aufrechterhaltung der Rechtsansprüche aus den Kriegssachschäden hat wenden wollen, sondern der Tatsache Rechnung zu tragen gewünscht hat, dass für diese Zahlungen zur Zeit nur 11 Millionen Reichsmark zur Verfügung stehen. Offenbar sei für seine Auffassung die gegenwärtige Kassenlage, die sich in einem Übergangsstadium befindet, massgebend gewesen.

Herr Bürgermeister stellt nochmals fest, dass der Ersatz der Kriegssachschäden notwendig ist. Auf eine Frage, ob auch die Räumungsverluste bei Einquartierung zu den Kriegssachschäden gehören, bemerkt Herr Bürgermeister, dass das nach seiner Auffassung nicht der Fall ist. Nach Bemerkungen des Herrn Präsidenten Dr. Köhler und des Herrn Habermann, die gegenteiliger Auffassung sind, ordnet Herr Bürgermeister an, dass vom oder über das Kriegssachschädenamt ein Rechtsgutachten erstattet wird, dass die Frage klärt, ob die Besatzungskosten als Kriegssachschäden, also verlegter Betrag, oder als eigene Verbindlichkeit der Stadt zu betrachten sind.

Herr Dr. v. Schoen bittet, dass bei der künftigen Zahlung der Beamten- und Angestelltengehälter nur 300 RM in barem Gelde ausgezahlt werden, der Rest aber auf ein Konto überwiesen wird. Entsprechend sind die Zahlungen der städtischen Gehälter künftig zu behandeln. Die neueröffneten Konten, die etwa erforderlich werden, gelten als alte Konten und unterliegen der Sperre dahingehend, dass monatlich nur 300 RM ausgezahlt werden dürfen, weil sie nicht durch Barzahlung entstanden sind. Überweisungen von Konto zu Konto sind gestattet.

Herr Dir. Dr. Koch berichtet über die Ernährungslage. Leipzig war zu 80 v.H. auf weit entfernt liegende Ernährungsgebiete beim Einzug seiner Lebensmittel angewiesen. Diese stehen zur Zeit durch den Wegfall der Verkehrsverbindungen nicht zur Verfügung, wenn auch auf weite Sicht die Wiederherstellung der früheren Beziehungen anzustreben ist. Es bedarf daher vorübergehend der Heranziehung neuer Gebiete als Ernährungsbasis für die Leipziger Bevölkerung, als welche vor allem Thüringen, Anhalt und Teile der Provinz Sachsen in Frage kommen. Ferner sind bestimmte sofortige Schutzmassnahmen notwendig zur Sicherstellung der künftigen Ernte, zum Schutze der ländlichen Bevölkerung und der Wirtschaftsgüter.

Herr Bürgermeister weist auf die Plünderungen in Leipzig hin, an denen Ausländer, namentlich Polen, beteiligt sind. Von 2 000 Schweinen in drei städtischen Schweinemastanstalten sind 80 übriggeblieben. Auf die Frage nach polizeilichem Schutz weist

Herr Pol. Präs. Fleissner darauf hin, dass die Polizei <sup>nur</sup> 15 Pistolen zur Verfügung hat. 25 Gewehre habe man ihr nicht überlassen. Weitere Plünderungen betreffen, wie Herr Bürgermeister ausführt, das Weinlager des Ratskellers und ein Weinlager am Rossplatz. Besonders empfindlich könnte sich die Zerstörung des Wasserwerkes Tallwitz durch die Russen auf die Versorgung der Stadt auswirken; doch scheinen die Zerstörungen unerheblicher zu sein, als zunächst angenommen wurde, und sich auf ein Kabel und eine Maschine zu beschränken.

Weiter werden die Vorgänge besprochen, die sich bei der Evakuierung von Meyerschen und städtischen Häusern in Kleinzschocher

- 2.) Personaldezernent: Lehrer Weise (links)  
(war zuletzt bei der Lackfabrik Fränkel als Syndikus beschäftigt)
- 3.) Bauwesen: Architekt B e y e r (links)  
(Hochbau)
- 4.) Gesundheitswesen: Obermed. Rat. Dr. Schütz (rechts)
- 5.) Wohlfahrtswesen: Konsumvereinsverw. K l o s s (links)
- 6.) Grund- und Bodenbesitz; Wohnungswesen: Stadtrat a.D. F r e y t a g (links)
- 7.) Wirtschaftswesen: Syndikus Dr. Hilpert (rechts)
- 8.) Kultur-, Schul- und Bildungswesen: Dipl. Volkswirt Otto B a u e r (links)
- 9.) Stadtwerke: Dir. Weber (rechts)  
früher Thüringer Gas-Gesellschaft
- 10.) Tiefbauwesen: Stadtbaudir. Hottenroth (rechts)  
oder Stadtbaudir. Krauss

Prof. Litt schlägt für die Besetzung des Dezernates für das Schulwesen Herrn Stadtrat a.D. B ö h m e (früher Chemnitz) vor.

Herr Dr. Paulsen wirft die Frage auf, ob nicht für den Fall, dass Syndikus Dr. Hilpert die Übernahme des Dezernates für das Wirtschaftswesen ablehnen sollte, ein Austausch zwischen dem Schulamtsdezernat (Böhme) und dem Wirtschaftsdezernat (Bauer) möglich sei.

Präsident Dr. Köhler bittet, bei Ausfall von Syndikus Dr. Hilpert die Besetzung des Wirtschaftsdezernates nochmals zu prüfen. Er hält dafür den Dipl. Volkswirt S t o y e , jetzt Leiter des Ernährungsamtes, für besonders geeignet.

Herr Bürgermeister beantwortet anschliessend verschiedene kleine Anfragen:

a) Arbeitsamt betreffend:

Das Arbeitsamt wird jetzt von Herrn Viehweg geleitet; es besteht aber die Absicht, für die Leitung Herrn Mühlau vorzuschlagen und Viehweg an zweiter Stelle zu verwenden. Der ursprünglich für die Leitung in Aussicht genommene Dr. Levié ist als juristischer Berater eingesetzt.

b) Besetzung betreffend:

Die Stadt Leipzig erhält in den nächsten Tagen 1 General höchsten Ranges, 20 weitere Generäle, 20 hohe Stabsoffiziere, 8000 Offiziere und 15 000 Mannschaften als Einquartierung.

*im Freien*

- c.) Morgengottesdienste betreffend: *im Freien*  
Die Abhaltung von Morgengottesdiensten ist gestattet.
- d.) Gastwirtschaften betreffend:  
Die Öffnung der Gastwirtschaften ist bisher nicht zugestanden worden. Nur der Verkauf von Speisen über die Strasse ist erlaubt. Die jetzige Regelung liegt, solange die durch die Ausländerfrage bedingte Unsicherheit noch nicht behoben ist, im Interesse des Gewerbes selbst.
- e.) Freibäder betreffend:  
Die Freibäder sind geöffnet.
- f.) Postverkehr betreffend:  
Mit der Eröffnung des Postscheckverkehrs ist in den nächsten Tagen zu rechnen. Dagegen verlautet noch nichts über eine Wiedereingangssetzung des Brief- und sonstigen Verkehrs. Offenbar bereitet dabei die Durchführung der Zensur Schwierigkeiten. Die Stadt bestellt im Stadtgebiet ihre Briefe durch den Bestelldienst und hat in ihrer Bestellorganisation auch die Wirtschaftskammer mit einbezogen.

Herr Generalkons. Dr. Hollender schneidet die Frage der Zurückverlegung der Krankenhäuser jenseits der Mulde an.

Diese Zurückverlegung ist notwendig

- a) weil die Patienten aus Leipzig stammen
- b) weil das Personal nach Leipzig gehört
- c) weil auch die medizinischen Instrumente usw. aus den Leipziger Krankenhäusern entnommen worden sind. Es handelt sich um die Rückführung von rd. 800 Personen. Die Verpflegungsfrage kann keine Schwierigkeiten machen, da die Krankenhäuser, für den Fall, die Verpflegung mit zurückgeführt werden kann, für durchschnittlich ein Jahr mit Lebensmitteln versehen sind.

Herr Obermedizinalrat Dr. Schütz betont, dass nicht die Verpflegungsfrage, sondern die Bettenfrage von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Herr Gen. Kons. Dr. Hollender bemerkt dazu, dass von den 400 in Hochweitzschen liegenden Kranken 200 entlassen werden könnten. Für die restlichen 200 sei die Bettenfrage gelöst.

Herr Ob. Med. Rat. Dr. Schütz beklagt den mangelhaften Überblick in dieser Frage, wie auch auf anderen Gebieten des Gesundheitswesens, z.B. über die Verbreitung von Geschlechts-

krankheiten.

Herr Pol. Präs. Fleissner weist daraufhin, dass die Luftschutzpolizei aufgelöst worden ist und dass damit auch 26 Sanitätsstellen in Bunkern<sup>204.</sup> mit je 20 Betten freigeworden sind. Es handelt sich dabei um kleine, aber ganz modern ausgerüstete Krankenanstalten. Auch habe die Polizei ein modernes Krankenhaus in der Herfurth'schen Villa in der Tauchnitz-Strasse aufgemacht. Er bittet die Stadt, diese Sanitätsstellen und ihr Inventar zu übernehmen. Von anderer Seite sei beabsichtigt, die Stellen als Sprechräume für ausgebombte Ärzte zu verwenden.

Herr Ob. Med. Rat. Dr. Schütz stellt fest, dass das Inventar in diesen Stellen unbedingt für die Stadt zurückbehalten werden muss und dass eine Unterbringung von Ärzten dort nicht in Frage kommt. Die Benutzung der Stellen als kleine Krankenhäuser könne allerdings nur ein vorübergehender Notbehelf<sup>†</sup> sein, da aus finanziellen Gründen eine Zentralisierung des Krankenhauswesens notwendig sei.

Beginn der Sitzung kurz nach 15 Uhr,  
Ende 18.30 Uhr.

*P. Mülling.*

*2. Teilagen.*

Zulage I. 11  
(Beiratsitzung am 15.V.45)

Vorschläge des Ausschusses Dr. Köhler  
für Herrn Bürgermeister Dr. Vierling.

1. Der Ausschuss bittet den Herrn Bürgermeister, das Kriegsschädenamt anzuweisen, die Zahlungen  
a) für rückständige und laufende Nutzungsentschädigungen,  
b) für rückständige und laufende Sofortmaßnahmen  
ungehend bzw. laufend durchzuführen.
2. Der Ausschuss bittet Herrn Bürgermeister, den Leiter des Kriegssachschädenamtes, Herrn General Weyer, zu verständigen, daß durch Beschlagnahme von Wohnungen und Geschäftsraum durch die Besatzungsbehörde Mietausfälle entstehen, die in voller Höhe durch Nutzungsentschädigung zur Zahlung anzuweisen sind.
3. Der Herr Bürgermeister wird gebeten, den Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Leipzig zu beauftragen, sich zu Gunsten der von der Besatzungsbehörde Ausquartierten als vermittelnde Stelle einzuschalten.
4. Der Ausschuss empfiehlt, die Leitung der Sofortmaßnahmen einschließlich Wiederherstellung der öffentlichen Gebäude in eine Hand zu legen. Der Leiter ist in verwaltungsmäßiger und finanzieller Beziehung dem Amt für Kriegsschäden anzugliedern und hat im übrigen enge Fühlung mit dem Baupolizeiamt zu halten.  
Der Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Leipzig schlägt Herrn Dipl.-Ing. Klinge als Leiter vor.
5. Der Ausschuss schlägt vor, das Wohnungs- und Siedlungsamt und die Wohnungsaufsicht zu einem Dezernat zu vereinigen. Der Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Leipzig schlägt als ehrenamtlichen Leiter Herrn Baumeister Rud. Peuser vor.

Entwurf.

Anordnung zur Wohnraumlenkung.

Mit Genehmigung der Alliierten Militärregierung ordne ich für den Stadtkreis Leipzig folgendes an:

I. Meldung von Wohnraum.

1. Jeder Hauseigentümer oder sonstige Verfügungsberechtigte hat freien Wohnraum innerhalb einer Frist von einer Woche zu melden.
2. Wohnraum gilt als frei, a) wenn eine Wohnung leersteht. Hierunter fallen auch Wohnungen, über die noch ein Nutzungsrechtsverhältnis besteht, die aber leerstehen oder nicht bewohnt werden; b) wenn das Nutzungsrechtsverhältnis (insbesondere der Mietvertrag) über eine Wohnung rechtswirksam beendet ist; c) wenn der Inhaber einer Wohnung stirbt, ohne Familienangehörige zu hinterlassen, die bei seinem Tode zu seinem Hausstand gehört haben.
3. Die Meldepflicht erstreckt sich auch auf diejenigen Wohnungen, die dauernd nicht vom Hauptmieter sondern von einem oder mehreren Untermietern bewohnt werden.
4. Frühere Mitglieder der NSDAP. oder einer angeschlossenen Gliederung (SS., SA. usw.), die vor dem 1.1.1933 der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen beigetreten sind, haben ihre Wohnungen dem Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Leipzig auf einem vorgeschriebenen Formular zu melden.
5. Die Meldepflicht beginnt zu 2a) mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Anordnung bzw. mit dem Tage, an dem das Leerstehen der Wohnung bekannt wird; zu 2b) mit der Kündigung oder mit der rechtskräftigen Aufhebung des Nutzungsrechtsverhältnisses durch Urteil; zu 2c) mit der Kenntnis vom Tode des Wohnungsinhabers und bei geteilten Wohnungen mit der Bezugsmöglichkeit.

Bei Wohnungen, die dauernd nicht vom Hauptmieter benutzt werden (I, Ziff. 3) beginnt die Meldefrist 6 Monate nachdem der Hauptmieter die dauernde Benutzung der Wohnung aufgegeben hat.

Die Meldung der Altparteigenossen (I, Ziff. 4) hat sofort zu erfolgen.

6. Die Meldungen sind an den Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Leipzig, Leipzig C 1, Schulstr. 8, I. Stock, auf besonderem Vordruck zu erstatten. Die Vordrucke können bei dieser Dienststelle kostenlos entnommen werden. Die Meldungen sind jeweils in zweifacher Ausfertigung zu erstatten. Die Zweitschrift wird durch Abstempelung als Nachweis der Meldung dem Verfügungsberechtigten zurückgegeben.

II. Erfassung von Wohnraum.

1. Wohnungen der Ziffern I/2 und 3 können von mir innerhalb 10 Tagen nach dem Eingang der vorgeschriebenen Meldung erfasst werden. Nach Ablauf der Frist kann der Hauseigentümer über die nicht erfassten Wohnungen frei verfügen; im Falle I/4 verbleibt die Wohnung bis zur Erfassung dem bisherigen Inhaber.

16

2. Bei der Erfassung gelten folgende Ausnahmen:

- a) Wohnungen, die nur mit Rücksicht auf ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis überlassen werden sollen, werden nicht erfasst. Erfassbar sind jedoch derartige Wohnungen, wenn sie am 1.11.42 bereits vorhanden waren, die besondere Zweckbestimmung jedoch erst nach diesem Zeitpunkt entstanden ist.
- b) Eine Wohnung, die der Eigentümer selbst beziehen will, ist nicht zu erfassen, es sei denn, daß er eine andere Wohnung besitzt und diese nicht zur Besetzung mit bevorrechtigten Volkskreisen zur Verfügung stellt.

3. Die Erfassung erfolgt in meinem Auftrage durch eine schriftliche Mitteilung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins zu Leipzig an den Hauseigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, bei Leerstehen einer vermieteten Wohnung oder im Falle des Todes des bisherigen Mieters auch an den Mieter bzw. den Erben des Mieters.

Wohnungen, die der Hauptmieter nicht dauernd bewohnt, können von mir erfasst werden; soweit für Untermieter ein Mieterschutz besteht, bleibt dieser in angemessenem Umfang bestehen.

Wohnungen von Altparteigenossen (I, Ziff. 4) gelten mit der Meldung als erfasst. Zwecks weiterer Verfügung über diesen Wohnraum ergeht ein Leerstellungsbescheid durch den Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Leipzig. In erster Linie werden die Wohnungen derjenigen Altparteigenossen erfasst, die aus ihrer Zugehörigkeit zur Partei oder deren Gliederungen Vorteile gezogen haben.

### III. Bevorrechtigte Volkskreise.

Bei der Zuteilung erfassten Wohnraumes sind bevorzugt:

- 1 a) Familien, die ihre Wohnungen durch Kriegseinwirkung verloren haben, im allgemeinen entsprechend der Reihenfolge des Verlustes ihrer Wohnung;
- 1 b) Familien, in deren häuslicher Gemeinschaft sich dauernd mindestens 4 Kinder befinden;
- 1 c) Kriegsversehrte der Stufen III und IV;
- 1 d) Familien (erforderlichenfalls deren Angehörige), die durch Verordnung oder auf Veranlassung der NSDAP. seit dem 31.1.1933 ihre Wohnung in Leipzig verloren haben;
- 1 e) Familien, bei denen eine sofortige Wohnungszuweisung erforderlich ist, um eine unmittelbare erhebliche Gefährdung des Lebens, der Gesundheit oder der Sittlichkeit abzuwenden.

Nach sozialen Grundsätzen ist von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Bewerber zu entscheiden, wem von den Vorberechtigten der Gruppe Ia-Ie eine erfasste Wohnung zugewiesen wird.

2. Bei Wohnungsunternehmen in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaften, die Wohnungen satzungsgemäß nur an Mitglieder abgeben dürfen, sind zunächst nur vorhandene Mitglieder zuzuweisen bzw. vorzuschlagen, die den Voraussetzungen nach Ziffer III entsprechen. Fehlt es an solchen und müssen daher Nichtmitglieder zugewiesen bzw. vorgeschlagen werden, so muß der Zugewiesene (Vorgeschlagene) bei Abschluß des Miet-(Nutzungs-)Vertrages die Mitgliedschaft erwerben.

### IV. Gewinnung von Wohnraum durch Wohnungsteilung.

Kann nach meinen Feststellungen Wohnraum in vorhandenen Gebäuden durch die Teilung von Wohnungen gewonnen werden, so sind die Hauseigentümer verpflichtet, die erforderlichen baulichen Arbeiten nach meiner Wahl

Anwesenheitsliste zur Beiratssitzung am 15. Mai 1945.

- ✓ Dr. von Schoen ✓
- ✓ Koch ✓
- ✓ Dr. Paulsen ✓
- ✓ Dr. Comenius-Kühnt ✓
- ✓ Dr. W. Müller ✓
- Dr. <sup>Dr. P.</sup> Kieder ✓
- ✓ Dr. Paul Hollender ✓
- Dr. Keipig ✓
- ✓ Dr. Habesreuther ✓
- ✓ Dr. Thüß ✓
- ✓ Th. Cilt ✓
- ✓ Dr. Fröhlich ✓
- o <sup>Dr. K.</sup> K.   
 ✓ Dr. Kimmich ✓
- ✓ Dr. Kippner ✓

Sitzung des Beirates der Stadtverwaltung am 29.5.45.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, dass die Sitzung des Beirates am 22.5.45 ausfallen musste, weil er an diesem Tage die Einweisung der neuen Stadträte vorgenommen hat. Die Einweisung ist nach den Richtlinien erfolgt, die in der letzten Sitzung des Beirates am 15.5.45 aufgestellt worden sind. Die Berufung der Herren Köhler und Kloss sind noch nicht erledigt. Mit der Annahme des Wirtschaftsdezernates durch Herrn Dr. Hilpert ist nunmehr endgültig zu rechnen.

Herr Professor Litt bittet um Auskunft wegen der Besetzung des Schuldezernates. Er hat Bedenken gegen die Besetzung dieses Dezernates mit einem Nichtfachmann und früheren mittleren Beamten. Er ist der Auffassung, dass geeignetere Bewerber vorhanden gewesen seien.

Herr Professor Dr. Müller weist in diesem Zusammenhang auf seinen Vorschlag hin, die Stelle des Schuldezernenten mit dem früheren Stadtrat Dr. Böhme aus Chemnitz zu besetzen.

Herr Bürgermeister bemerkt dazu, dass die Ernennung der Dezernenten mit ausdrücklicher Zustimmung der amerikanischen Militärregierung erfolgte. Er bittet Einwendungen zurückzustellen und die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die bei der Neubesetzung der Dezernate zu überwinden waren. H

Herr Dr. v. Schoen unterstreicht die Ausführungen des Herrn Bürgermeister. Auf die Bemerkung des Herrn Professor Litt, dass die Öffentlichkeit den Beirat verantwortlich mache, hebt Herr Dr. v. Schoen hervor, dass der Beirat nur beratende, aber nicht beschliessende Aufgaben habe.

Herr Bürgermeister versichert, dass er unverzüglich Abhilfe schaffen werde, falls sich die eine oder andere Ernennung als Fehlgriff erweisen sollte.

Herr Präs.a.D.Dr.Köhler weist darauf hin, dass der neuernannte Dezernent des Schulamtes Dipl.Volkswirt ist und damit als Vollakademiker zu gelten habe.

Herr Präs. Fleissner betont, dass nicht massgebend sei, wie jemand zu Amt und Würden gekommen sei, sondern was er in seinem Amte tatsächlich leistet.

Herr Prof. Litt bemerkt, dass es sich bei der Leitung eines Bildungswesens um einen ganz besonderen Auftrag handelt. Seine Anfrage solle kein Misstrauen gegen die Person des neu-ernannten Stadtrates bedeuten, sondern lediglich den Hinweis, ob nicht auf diesem Gebiete fachlich erfahrenere Persönlichkeiten hätten gewonnen werden können.

Herr Bürgermeister schliesst die Aussprache mit dem Hinweis ab, dass für das Schul- und Bildungswesen als Leiter eine neutrale Persönlichkeit gewonnen worden sei, die sich die Sachbearbeiter aus den einzelnen Fachgebieten, Höhere Schule, Fachschule und Volksschule, zu seiner Unterstützung heranziehen werde.

Herr Bürgermeister weist sodann auf die schon lange gehegte Absicht hin, den Beirat durch die Aufnahme von politisch linksgerichteten Persönlichkeiten <sup>aus der Arbeiterbewegung</sup> zu ergänzen. Das sei bisher daran gescheitert, dass unter der Herrschaft des Nationalsozialismus die früheren Arbeiterorganisationen zerschlagen worden seien und dass damit auch die leitenden Persönlichkeiten dieser Organisationen, die das Vertrauen der Arbeiterschaft haben, dem Gesichtskreis der Öffentlichkeit entschwunden seien. Nunmehr sei es endlich gelungen, drei alte Gewerkschaftler als Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in den Beirat zu berufen. Es sind das

Herr Erich Schilling  
der frühere Vorsitzende des Allgem. Gewerkschaftskarte

Herr Max Müller  
der Vorsitzende des Bundes der Technischen Beamten und Angestellten

Herr Harry Kuhn  
Schriftleiter eines Gewerkschaftsorgans.

Herr Bürgermeister begrüsst die neu berufenen Herren und weist sie in den Beirat ein.

Herr Bürgermeister schildert anschliessend die ausserordentlich grossen Schwierigkeiten, die sich bei der Lösung der Ernährungs- und Wohnungsfrage ergeben. Nach kurzen Ausführungen über die Ernährungslage gibt er bekannt, dass darüber der neu-ernannte ehrenamtliche Dezernent des Ernährungs- und Wirtschafts-antes, Herr Fischer, ausführlich berichten wird.

Die Wohnungsfrage hält die Bevölkerung von Leipzig unter schärfstem seelischen Druck. Sie wird durch die Besatzung und ihren Raumbedarf ausserordentlich verschärft. Alle Versuche, diese Schärpen abzumildern, stossen auf nahezu unüberwindliche Schwie-

rigkeiten. Diese sind im letzten Grunde darauf zurückzuführen, dass die Besatzungsbehörden, die den Zivilen Sektor bearbeiten, andere sind, als die Führer der einrückenden Truppenteile, und dass letztere vielfach auf eigene Hand und aus eigener Initiative handeln.

Herr Bürgermeister hält die dadurch für das Wohnungswesen sich ergebenden Schwierigkeiten auf die Dauer nur dann für erträglich, wenn die Mauer, die Leipzig bisher noch gegenüber den Landkreismunicipalitäten abschliesst, niedergelegt wird und auch die Landkreismunicipalitäten die Lasten der Besatzung mit tragen helfen. Die Evakuierungen werden dadurch erschwert, dass die Häuser im Ganzen geräumt werden müssen und die Soldaten nicht etwa in die von den zivilen Bewohnern noch belegten Wohnungen einquartiert werden. Wahrscheinlich werden diese Massnahmen angewendet aus Sicherheitsgründen oder aus der Befürchtung heraus, dass gewisse Verbrüderungsabsichten durch ein anderes Verfahren Vorschub geleistet werden könnte.

Die angespannten Verhältnisse im Wohnungswesen Leipzigs werden noch dadurch verschärft, dass dauernd noch Ausländer zuziehen in einer Anzahl, die dem Abzug die Waage hält. Ausweichmöglichkeiten sind kaum mehr vorhanden. Die Baracken sind teils zerstört, teils verheizt und nur noch in verhältnismässig seltenen Fällen für Unterbringungsmassnahmen brauchbar. Die Situation ist umso gefährlicher geworden, als nunmehr auch Bauholz und sämtliche Baumaterialien in grossen Mengen zum Wiederaufbau in die ehemals besetzten Länder, namentlich nach Belgien, gebracht werden, sodass niemand mehr wagt, Baumaterial anzuschaffen.

Herr Bürgermeister veranschaulicht an einzelnen sehr drastischen Beispielen aus der letzten Zeit die Schwierigkeiten, die gerade im Wohnungswesen durch die Evakuierungen infolge des Raumbedarfs der Besatzung und das rigorose Verfahren der Besatzungsbehörden aufgetreten sind. Inzwischen hat die Militärregierung zugestanden, dass ein bestimmter Offizier der Besatzungsbehörde in diesen Fragen mit einem bestimmten ~~Beamten~~ der Stadtverwaltung zusammenarbeiten soll.

Herr Polizeipräsident Fleissner weist darauf hin, dass in Leipzig 15 000 Italiener, und zwar ehemalige Badoglio-Truppen, und 4 - 5000 ausländische politische Häftlinge in den letzten Tagen unterzubringen waren. Die Badoglio-Truppen wurden gemeinsam mit der Polizei von den Amerikanern entwaffnet; das geraubte Gut, das sie zahlreich mit sich führten, wurde ihnen abgenommen. Es besteht die Hoffnung, dass sich das herumspricht und künftig Leipzig von weiteren italienischen Einquartierungen verschont bleibt.

Trans-  
Fen

Herr Polizeipräsident lenkt die Aufmerksamkeit des Beirates weiter auf die jetzt häufiger auftretenden Rückwanderer aus den von den Russen besetzten Gebieten und hält es für notwendig, dass im Rahmen der Stadtverwaltung für die Rückwanderer eine Betreuungsstelle geschaffen wird.

Herr Bürgermeister weist auf die Notwendigkeit hin, für die politischen Häftlinge und die Juden die Entschädigungsfrage einheitlich zu regeln.

Herr Generalkonsul Dr. Hollender unterstreicht die Notwendigkeit, dass das Wohnungsamt mit den Amerikanern eng zusammenarbeitet.

Herr Bürgermeister gibt dem Beirat bekannt, dass ihm auf Anordnung der Militärregierung alle Reichsbehörden in Leipzig unterstellt worden sind. Er schildert alsdann die Schwierigkeiten, die in der Stadtverwaltung durch die Reinigungsaktion im Beamtenkörper eingetreten sind. Diese nimmt ihren Fortgang. Von heute auf morgen werden ganze Abteilungen der Stadtverwaltung von dem eingerichteten Personal evakuiert. An einem Tage sind 75 Beamte und Angestellte entlassen worden.

Herr Bürgermeister schildert weiterhin die Zustände im Ausweichkrankenhaus Hochweitzschen, das in dem von den Russen besetzten Gebiet liegt. Patienten und Pflegepersonal werden belästigt. Die Ärzte werden eingeschlossen, um sie daran zu hindern, gegen die Belästigungen Front zu machen. Die Schwierigkeiten einer Evakuierung des Krankenhauspersonals und der Krankenhausinsassen nach Leipzig liegen darin, dass das Überschreiten der Mulde ausserordentlich stark behindert ist. Daran scheitert auch die Zurückführung von Kulturgut, das zum Schutz vor Zerstörungen durch die Luftangriffe in dieses Gebiet überführt worden ist.

Generalkonsul Dr. Hollender erklärt, dass er in dieser Frage die Verbindung mit den Russen aufgenommen hat. Die Entscheidung fällt in dieser Woche. Er hat die amerikanische Militärregierung gebeten, die Pässe schon jetzt auszustellen, damit die Rückgeführten, wenn sie amerikanisch besetztes Gebiet nach Überschreiten der Mulde betreten, dort nicht zurückgewiesen werden. Er schlägt vor, dass der Herr Bürgermeister nochmals vorstellig werden sollte.

Herr Bürgermeister hält eine nochmalige Rücksprache von seiner Seite mit der Militärregierung für ausgeschlossen, da er sich schon viele Male verwendet hat und Major Eaton ihm erst heute erklärt habe, ein Einschreiten der Amerikaner in dieser Angelegenheit sei mit Rücksicht auf den russischen Verbündeten unmöglich.

In der weiteren Aussprache, in der sich Herr Generalkonsul Dr. Hollender bereiterklärt, nach Weimar zu fahren und mit dem dortigen Armee-Oberkommando die Angelegenheit zu besprechen, einigt man sich schliesslich dahin, dass eine kleine Kommission gebildet wird, der die Herren Gen.Kons.Dr. Hollender, Superintendent D. Schumann, Propst Dr. Spülbeck und Gewerkschaftssekretär Schilling angehören sollen. Auch Prof. Schröder soll zugezogen werden. Die Herren sollen spontan bei Major Eaton vorsprechen.

Herr Dr. v. Schoen hält es für zweckmässig, dass die Schritte der einzelnen Herren auf eigene Faust und privat erfolgen.

Herr Gen.Kons.Dr. Hollender teilt mit, dass die von der All. Militärregierung den Herren des Beirates ausgestellten Ausweise, die am 31. Mai ablaufen, verlängert werden und dass er die entsprechenden Schritte unternommen hat.

Herr Stadtrat Fischer, der neuernannte Leiter des Ernährungs-wesens der Stadt Leipzig, berichtet anschliessend über die Ernährungslage. Herr Stadtrat Fischer geht dabei von der Feststellung aus, dass die Stadt Leipzig und das umliegende Gebiet bei der Lösung der Ernährungsschwierigkeiten auf sich selbst gestellt ist und von aussen keine Hilfe erwarten darf. Die Volksernährung während des Krieges war bisher auf die straffe Erfassung und Lenkung der Nahrungsmittel und ihre rationierte Verteilung an die Bevölkerung aufgebaut. Diese Organisation ist heute auf weiten Gebieten zusammengebrochen oder im Verfall begriffen. Zwar haben die Plünderungen aufgehört. Doch hat sich der Nahrungsspielraum weiter verengt, einmal durch die Autonomiebestrebungen kleiner und kleinster Gebiete und dann durch die Vorwegnahme der für die Ausländer benötigten Rationen. Die deutsche Bevölkerung kann sehen, was übrigbleibt. Die Zufuhr nach Leipzig stockt nach wie vor, besonders bei Vieh, Fett und auch Gemüse und Kartoffeln. Daraus erklärt sich die unzulängliche Fleisch- und Fett-ration, die für die 76. Kartenperiode vorgesehen werden musste. Sie liegt mit 925 Kal. um 20 v.H. unter der vorgesehenen Normalration von 1150 Kal. Dem gegenüber ist ~~ei~~ in einzelnen Gebieten der weiteren Umgebung von Leipzig Butter ausreichend vorhanden.

Was die Vorratshaltung in Leipzig an Lebensmitteln betrifft, so sind Fett und Fleisch im Gegensatz zu früheren Feststellungen nur in winzigen Mengen vorhanden. Die Zufuhr stockt. Bei Getreide klafft eine Lücke von 4 - 6 Wochen bis zur nächsten Ernte. Kartoffeln sind kaum bevorratet, die Eingänge sind gering. Gewisse Aussichten auf Kartoffelzufuhren bestehen aus den Gebieten der Altmark. Quark

und Käse weisen weder nennenswerte Vorräte noch Eingänge auf. Verhältnismässig befriedigend ist die Milchversorgung für Säuglinge, Kleinkinder, und Kranke. Für Nahrungsmittel bestehen in Leipzig unzulängliche Erzeugungsmöglichkeiten. Gleichfalls unzulänglich sind die Gemüsezufuhren. Die Kaffeeration ist vorläufig gesichert.

Die eingeleiteten Massnahmen gehen dahin, die Stadt Leipzig mit den umliegenden Landkreisen ernährungswirtschaftlich zu einer Einheit zusammenzufassen und diese Einheit an das Versorgungsgebiet Halle und der weiteren Provinz Sachsen mit Anhalt anzuschliessen. Die Verhandlungen mit dem Landkreis Leipzig sind befriedigend verlaufen. Borna hat sich zunächst ablehnend verhalten, aber schliesslich vorläufig zugesagt, 80 - 100 Rinder wöchentlich zur Fleischversorgung der Stadt und des Landkreises Leipzig zu liefern. Eine Stellungnahme von Grimma steht noch aus. Rochlitz scheint nicht abgeneigt zu sein, falls seine Kapazität nicht für andere Gebiete in Anspruch genommen wird. Die Landwirtschaftskammer Halle hat bei den Verhandlungen grosses Entgegenkommen und viel guten Willen bewiesen. Diese sind allerdings noch nicht zum Abschluss gekommen, sondern sollen am kommenden Sonnabend weitergeführt und wenn möglich abgeschlossen werden. Die Landwirtschaftskammer Halle hat allerdings die Bedingung gestellt, dass die sächsischen umliegenden Landkreise sich bei dem gemeinschaftlichen Versorgungswerk nicht ausschliessen. Das endgültige Ziel der Verhandlung muss sein, eine grossräumige Versorgungsprovinz Mitteldeutschland mit dem Kern Leipzig zu bilden, die auch die Gebiete von Erfurt und Magdeburg einschliesst. Das ist der unbedingt einzuschlagende Weg zu einer Normalisierung und zu einem Ausgleich von Bedarf und Überschuss auf dem Ernährungsgebiet.

Um die Schwierigkeiten beim Arbeitseinsatz besonders in den Gemüsegärtnereien zu überwinden, sind jetzt Schulkinder herangezogen worden. Sie erhalten zusätzliche kleine Lebensmittelrationen und etwas Schokolade zur Belohnung.

Um das Missverhältnis zwischen Bedarf und Deckung bis zur erstrebten endgültigen Lösung zu überbrücken, ist versucht worden, mit landwirtschaftlichen Überschussgebieten in einen Tauschverkehr gegen Industrieerzeugnisse einzutreten. Dieser Weg ist zunächst gegenüber Franken eingeschlagen worden. Herr Dir. Wohlfahrt vom Braunkohlensyndikat hat Zusage erhalten, dass Franken viel Kartoffeln, Gemüse, Hafer, Milcherzeugnisse und Käse sowie Textilwaren gegen Kohle liefern will. Die Lieferungen sollen an den Landkreis Leipzig erfolgen, doch soll die Stadt ~~Anteil~~ an der Verteilung mit

Militärregierungen eingeladen werden möchten. Direktor Koch berichtet weiter, dass jetzt zu Thüringen ernährungswirtschaftlich einzelne Teile des Landes Sachsen geschlagen worden sind, insbesondere das Gebiet um Zwickau. Von Thüringen wird weiter gefordert, dass auch der Landkreis Borna Thüringen ernährungswirtschaftlich angegliedert werden möchte. Herr Dir. Koch hält es für eine endgültige Lösung, gleichfalls für erforderlich, dass im Einvernehmen mit den verschiedenen zuständigen Militärregierungen die Bezirke Halle, Magdeburg, Anhalt, Erfurt und die Landkreise Borna, Grimma und Rochlitz mit der Stadt und dem Landkreis Leipzig ernährungswirtschaftlich zusammengeschlossen werden unter Leitung der Landwirtschaftskammer Halle.

Herr Finanzamtsdir. a.D. Schräpler berichtet anschliessend über die Lage der städtischen Finanzen und über die für die künftige Finanzgebarung erforderlichen Massnahmen. Er geht vom Haushaltsplan 1945 aus, der in Ausgabe und Einnahme zunächst mit 258 Millionen RM ausgeglichen aufgestellt war. Die Ausgaben verteilen sich auf

- 100 Mill. Reichsmark Wohlfahrtsausgaben
- 60 Mill. RM persönliche Ausgaben
- 50 Mill. RM Zahlungen an Reich und Land  
(Darunter 33 Mill. RM Kriegsbeitrag)
- 48 Mill. RM sonstige Ausgaben, hauptsächlich für Kapitaldienst.

Die Einnahmen betreffen:

- 93 Mill. RM Steuern
- 82 Mill. RM Zuweisungen von Reich und Land, hauptsächlich Reichszuschüsse für die Famu
- 83 Mill. RM sonstige Einnahmen (Gebühren, Mietzinse, Zinsen und Tilgung, usw.)

Nach einer vorläufigen Durchsicht muss mit einer Mindereinnahme von 97 Mill. RM gerechnet werden, der eine Minderausgabe von schätzungsweise 85 Mill. RM gegenübersteht, sodass zunächst ein ungedeckter Fehlbetrag von 12 Mill. RM verbleibt. Die Mindereinnahmen entfallen mit 31.5 Mill. RM auf Reichsbeitrag für die Famu, 47 Mill. RM auf Steuern und 18.5 Mill. RM auf Verschiedenes (Reichszuschüsse für das Ernährungs- und Wirtschaftsamt, Ausfall von Gebühren, Eintrittsgeldern, z.B. für den Zoo, und Verpflegungsgeldern, z. B. bei den Krankenhäusern); die Minderausgaben mit 33.0 Mill. RM auf Kriegsbeitrag, 40 Mill. RM auf Ersparnisse durch die Umstellung der Famu auf Fürsorgeunterstützung und

2H

werden von den Entlassungen alle alten Parteigenossen und die später eingetretenen Pg betroffen, die ein Amt vom Blockleiter (einschliesslich) aufwärts bekleidet haben. Im Laufe der Besprechung, bei der Herr Bürgermeister, Herr Präs. Köhler, Herr Kuhn und Herr Dr. v. Schoen das Wort ergreifen, wird u.a. die Frage der Pensionsansprüche berührt und auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, die darin besteht, dass die jetzt im aktiven Dienst befindlichen Beamten fristlos und ohne Pensionsanspruch entlassen werden, während diese Frage bei den früheren Pensionären bisher noch nicht geprüft worden ist. Der Beirat ist sich darüber einig, dass eine Prüfung dahingehend durch das Personalamt vorgenommen werden soll.

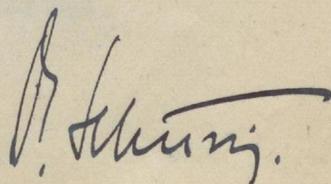
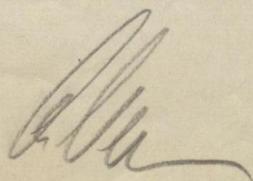
Herr Bürgermeister teilt mit, dass ein Amt für soziale Betreuung geschaffen wird, dessen Leitung Herr Kuhn übernehmen soll. Im Anschluss an diese Mitteilung bittet Herr Bürgermeister die Mitglieder des Beirates, auf die ihnen nahestehenden Bevölkerungskreise dahin einzuwirken, dass persönliche Rücksprachen und Vorgesprachen bei ihm möglichst unterbleiben. Es ist ihm einfach nicht möglich, jeden Einzelnen zu empfangen und sein Anliegen entgegenzunehmen.

Herr Präsident Fleissner weist darauf hin, dass er auf die gleiche Bitte jetzt mit Briefen anstatt Rücksprachen belastet wird.

Im Anschluss an eine Eingabe des Herrn Peuser wegen Fortsetzung der Zahlungen für Kriegssachschädenforderungen, befasst sich der Beirat mit der Frage, Herrn Peuser als Vertreter des Hausbesitzes und Herrn Dir.Dr. Müller von der Alten Leipziger Lebensversicherung als Vertreter des Realkredits in sein Gremium aufzunehmen. Nach einer kurzen Aussprache, in der Herr Präs. Fleissner, Herr Bürgermeister und Herr Dr. v.Schoen das Wort ergreifen, wird auf Vorschlag des Herrn Präs. Fleissner von Herrn Bürgermeister angeordnet, dass Herr Stadtrat Freytag zur Beratung von Angelegenheiten des Wohnungs- und Siedlungswesens, sowie des Grundstückswesens und des Hausbesitzes einen Ausschuss berufen soll, in dem neben geeignet erscheinenden Männern aus der Stadtverwaltung und den Herren Präs. Köhler und Gen.Kons.Dr.Hollender auch je 2 Vertreter des Hausbesitzes und der Mieterkreise Platz finden sollen.

Beginn der Sitzung 15 1/4 Uhr

Ende der Sitzung 19 Uhr.



25

Niederschrift über die Sitzung des Beirates  
am 5. Juni 1945.

1.) Herr Bürgermeister Dr. Vierling berichtet:

a) Die Angeordneten Wohnungsräumungen machen der Stadtverwaltung grosse Sorge. Die Hauseigentümer erheben Ersatzansprüche für die belegten Wohnungen. Diese Forderungen fallen unter die Besatzungskosten, für die die Stadt aufkommen muss. Die Höhe der Kosten lässt sich nicht übersehen. Die Aufbringung macht deshalb erhebliche Sorgen. Im Vergleich zu Leipzig haben andere Städte oft bedeutend weniger Besatzung (z.B. Magdeburg nur etwa 700 Mann). Ein späterer Ausgleich der Kosten durch das Reich muss also später erfolgen.

Dagegen dienen die jetzt stattfindenden Erhebungen zunächst nur der Feststellung, welche Aufnahmemöglichkeiten in der Stadt überhaupt noch bestehen.

b) Ernährungsfrage. Herr Bürgermeister Dr. Vierling hofft, dass die Mengen an Nahrungsmitteln, die jetzt verteilt werden, aufrechterhalten werden können. Einzelne kleine Sonderzuwendungen sollen in nächster Zeit verteilt werden. Eine Verbesserung sei beim Brot möglich. Es falle mehr Weizenmehl an, sodass es möglich sei, Weissbrot für Kranke herzustellen. Auch sonst kann die Mischung des Brotes verbessert werden.

Besser geworden ist auch die Zufuhr an Kartoffeln.

Die Vereinbarung mit der Stadt Döbeln wegen der Gemüselieferung gegen Kohle ist zustandegekommen. Es fahren jetzt täglich 6 - 12 Pendelwagen der Reichsbahn, die Kohle nach Döbeln bringen und Gemüse zurückbringen.

Das Projekt der Schaffung eines Grossversorgungsgebietes, das ausser Halle-Merseburg, Thüringen und Anhalt bis an die englische Besatzungszone umfassen sollte, ist zunächst daran gescheitert, dass Thüringen bereits einen Zusammenschluss mit Franken und dem Gebiete nördlich bis an die englische Besatzungszone erreicht hat. Es wird sich daher eine Reise nach Frankfurt notwendig machen, um diese Frage weiterzubetreiben.

Einstweilen bleibt nur die Zusammenarbeit mit Halle-Merseburg.

*Quelle*  
c) Die Personalpolitik der Militärregierung macht der Stadtverwaltung ausserordentliche Schwierigkeiten. Selbstverständlich ist gegen eine Säuberungsaktion gegen bestimmte Nationalsozialisten nichts einzuwenden. Jetzt gehen aber die Kündigungen schon so weit, dass ganze Zweige der Stadtverwaltung totgelegt werden. Es gehen von den verschiedensten amerikanischen Dienststellen laufend Listen ein, die bis zu 75 Kündigungen enthalten.

Die Möglichkeiten, Leute einzustellen, die vor 1933 bereits bei der Stadt beschäftigt waren, sind erschöpft.

Auf die Frage des Herrn Dr. v. Schoen erklärt Herr Bürgermeister Dr. Vierling, dass die Gefahr der Aktionsunfähigkeit für die Stadtverwaltung bereits eintritt, wenn die zuletzt eingegangenen 35 Kündigungen durchgeführt werden.

Herr Prof. Müller ist der Meinung, dass die Amerikaner auf die Bestimmungen vom 14.10.1936 RGBl. I Seite 893 § 8 und vom 28.2.39 RGBl. I Seite 371 § 2 hingewiesen werden müssten. Nach diesen Bestimmungen war es dem Beamten kaum anders möglich, als Parteimitglied zu werden.

Herr Stadtdirektor Dr. Seidel stellt an Hand von Zahlen dar, welche Schwierigkeiten durch die Entlassungen der Militärregierung schon jetzt bei denmeisten Ämtern und Betrieben bestehen.

2.) Es wird auf folgende Herren aufmerksam gemacht, die der Stadtverwaltung zum geeigneten Einsatz zur Verfügung stehen:

- a) der ehemalige Oberbürgermeister von Wurzen, Dr. Becker
- b) Herr Hermann G r a m m , beim Gesundheitsamt

*Quelle*  
3.) Die Herren Müller, Schilling und Kuhn haben sich zu einem Sozialpolitischen Ausschuss zusammengeschlossen. Aufgabe ist es, die Arbeiterschaft und die Angestellten, die einer zielbewussten Führerschaft entbehren, zu beraten und zusammenzufassen. Das Büro befindet sich Schillerstrasse 5, I.

4.) Ehemaligen politischen Häftlingen, die sich in Leipzig aufhalten oder auf der Durchreise sind, soll nach Möglichkeit

Ein Verzeichnis der Mütterberatungsstellen soll im nächsten Nachrichtenblatt erscheinen.

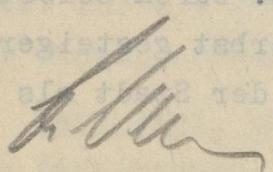
Der Betrieb der Rettungsstellen ( Erste Hilfe) soll dem Roten Kreuz übergeben werden.

7.) Herr Gen.Konsul Dr. Hollender teilt mit, dass zur Beseitigung der Zustände in Hochweitzschen noch nichts erreicht worden sei. Die Bemühungen bei der Militärregierung sind bisher erfolglos gewesen.

Herr Kuhn wird versuchen, bei seiner Anwesenheit in Weimar über Herrn Stadtrat Hilpert etwas zu erreichen.

Beginn der Sitzung 15 Uhr

Ende der Sitzung 17.30 Uhr.



*W. Kuhn 16. 15.*

165	Teil Diphtherie
168	" Scharlach
1788	" Tuberkulose
121	" Typhus
5	" Mischfieber

Die Typhus-Epidemie scheint überwinden zu sein. Die angeordneten Schutzmaßnahmen haben gut gewirkt. Erachwendend sei aber die Zahl der Tuberkulose. Es soll die Verbindung mit der Heilstätte in Sülzhayn (Hans) aufgenommen werden, um Tuberkulose dort hin zu verschicken. Eine weitere Sorge macht dem Gesundheitsamt die Beschaffenheit des Trinkwassers. Es ist das Trinkwasser keimfrei. Es kommt zur Entsauerung des Wassers an. Diese Frage besteht noch Schwierigkeiten, weil die Wasserwerke Thälwitz und Kautz in trüblicher Hand sind.

28

Niederschrift über die Sitzung des Beirates  
am 12. Juni 1945.

1.) Herr Stadtrat B l u m e berichtet eingehend über die Arbeit des Kriegssachschädenamtes.

Die technische Durchführung des Kriegssachschädenrechtes war während des Krieges den Städten übertragen. Die Städte bekamen das Geld für die notwendigen Zahlungen in einem bestimmten Scheckverfahren. Kriegssachschäden bestehen:

a) durch vollständige Vernichtung von Häusern; diese Schäden sind zwar festgestellt, aber in keinem Fall ausgezahlt, da ein Wiederaufbau jetzt nicht möglich ist. Der Wiederaufbau müsse auf Grund einer generellen Planung erfolgen.

Die bisherigen Aufwendungen des Kriegssachschädenamtes seien also nur für

- b) Sofortmaßnahmen für Schäden an Baulichkeiten und  
c) für Wegfall oder Minderung von Einkünften erfolgt.

Die Aufwendungen 1944 betragen rund 330 Millionen RM, davon etwa 280 Millionen RM für Sofortmaßnahmen (b) und 50 Millionen RM für laufende Ausgaben für den Wegfall von Einnahmen (c). Entgegen allen Gerüchten steht fest, daß das Kriegssachschädenrecht auch heute noch gilt und nicht aufgehoben ist.

Auf Anordnungen der Militärregierung darf das Kriegsschädenamt keine Auszahlungen vornehmen. Die Feststellung der Schäden wird dagegen soweit als möglich getrieben.

Die Juden werden jetzt ebenfalls mit in das Kriegssachschädenrecht einbezogen, da die Bestimmung aufgehoben ist, die sie bisher ausschloß.

Wegen der Entschädigung der Ausländer müsse noch abgewartet werden.

Von mehreren Mitgliedern des Beirates wird bedauert, daß mit der Instandsetzung der beschädigten Wohnungen noch nicht begonnen werden könnte.

Herr Dr. V i e r l i n g berichtet, daß die Instandsetzung des Hotels Astoria erwogen wird. Die Stadt solle ein Darlehn geben. Die Stadt hat ein großes Interesse an der Instandsetzung, da das Hotel

sehr aufnahmefähig sein würde.

- 2.) Weiter berichtet Herr Stadtrat Blume über das Problem der Entnazisierung der Wirtschaft. Das Personalamt der Stadt hat von der Militärregierung Grundsätze für die Säuberung des öffentlichen Dienstes erhalten. Nach diesen Grundsätzen wird bei der Stadt hinsichtlich der Entlassung der Beamten verfahren.

Wegen Entlassung der Leute, die lediglich Blockleiter waren, soll vom Personalamt nochmals ein Vorstoß bei der Militärregierung unternommen werden, weil diese Leute doch lediglich die Verteiler der Lebensmittelkarten waren, was man durchaus nicht als politisches Amt ansehen kann.

Die Militärregierung hat wiederholt gefragt: Wie denken Sie sich die Durchführung der Säuberung in der privaten Wirtschaft? Die Banken und Versicherungen entlassen nach den gleichen Grundsätzen, dagegen bestehen für die übrige Wirtschaft (Industrie) noch keine Bestimmungen.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling bemerkt, daß bei Neuanneldung bzw. Neugründung von gewerblichen Betrieben usw. die Stadt (Gewerbeamt) es in der Hand hat, die Entnazisierung durchzuführen. Die Genehmigungen werden etwa nach den gleichen Richtlinien versagt.

Der freien Wirtschaft dagegen soll die Initiative ~~dieser~~ zunächst selbst überlassen bleiben. Die Militärregierung erwarte aber, daß etwas geschieht. Wenn in der Wirtschaft nichts geschähe, würde das zu einem öffentlichen Ärgernis führen und dann würde mit Sicherheit eine gesetzliche Regelung von der Militärregierung geschaffen werden.

Herr Dr. P a u l s e n weist auf die Schwierigkeiten der Durchführung hin, da der Wirtschaftskammer die Machtmittel fehlen. Vor allem bestehen die Schwierigkeiten bei den nationalsozialistischen Betriebsführern. Es sei nicht zu erwarten, daß diese freiwillig ausscheiden.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling meint, daß es dann Aufgabe der Wirtschaftskammer sei, an diese mit viel Geschick heranzutreten und ihnen das Ausscheiden nahezu legen.

Herr Dr. P a u l s e n empfiehlt noch, daß die Stadt keine Aufträge an solche Firmen geben möchte, die von nationalsozialistischen Leuten geleitet werden.

- 3.) Herr Generalkonsul H o l l e n d e r berichtet, daß seine Bemühungen um die Rückführung der Kranken aus dem städtischen Ausweich-Krankenhaus Hochweitzschen keinen Erfolg gehabt haben, da es unmöglich gewesen sei, über die Mulde zu kommen.
- 4.) Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g bittet die Herren, Mittler zwischen Stadtverwaltung und Publikum zu sein und bei den Schwierigkeiten aufklärend zu wirken. Es sei das Problem der Schwerarbeiterzulage aufgetaucht. Die Arbeiter kommen nicht mehr zur Arbeit, weil sie bei der Ernährung nichts leisten könnten.

Die Berechnung habe ergeben, daß die Gewährung der Schwerarbeiterzulage nur möglich ist, wenn die Mengen der Normalverbraucher weiter eingeschränkt würden. Dieser Abstrich bei den Normalverbrauchern erscheine unmöglich.

Man habe dann versucht, die Schwerarbeiterzulage durch starke Einschränkungen bei der Gewährung von zusätzlichen Lebensmitteln für Kranke herauszuwirtschaften. Der Überschlag war aber so ungünstig, daß für die Schwerarbeiter nichts herauskommt.

Herr Probst Dr. S p ü l b e c k hat beobachtet, daß das, was die Ausländer bekommen, das übersteige, was die Ausländer überhaupt verzehren können. Es sei eine direkte Verschwendung. Brot würde weggeworfen. Eine Tschechin hat der <sup>Heinrich</sup>Heinleiterin 7 Pfd. Fleisch zum Einkochen gegeben, da sie es übrig habe. Herr Dr. Spülbeck empfiehlt, diese Beobachtungen der Militärregierung im Zusammenhang mit der Schwerarbeiterzulage nochmals vorzutragen. Die Schwerarbeiterzulage müßte sich bei der Ausländerverpflegung herauswirtschaften lassen, ohne daß die Ausländer einen Nachteil hätten.

Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g berichtet, daß hinsichtlich der Zufuhren an Mehl und Kartoffeln der Anschluß an die neue Ernte erreicht sei.

Herr Dr. P a u l s e n berichtet, daß die Ernährung in Hamburg besser sei; in Paderborn herrsche direkt Überfluß. Abtransport der Lebensmittel sei nicht möglich.

Dagegen sei die Ernährung im Ruhrgebiet und Frankfurt/Main schlechter als in Leipzig.

- 1.) Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g berichtet, daß der Antrag gekommen sei, den Beirat so zusammenzusetzen, daß er das richtige politische Bild der Einwohnerschaft Leipzigs des Jahres 1932 ergibt. Die jetzige Zusammensetzung ergäbe nicht das richtige politische Spiegelbild.

Es folgt eine eingehende Aussprache über eine neue Zusammensetzung.

Herr Professor M ü l l e r schlägt in diesem Zusammenhang ~~die Herren~~ Ministerialrat Dr. Becker, Dr. Paulsen und Dr. Schaumburg vor. Es wird abschließend in Aussicht genommen, Vorschläge über die Neubesetzung bzw. Erweiterung des Beirates bis Ende der Woche zu machen.

- 2.) Herr Professor M ü l l e r regt an, die Gestaltung des Amtlichen Nachrichtenblattes zu verbessern. Die Herren Dr. Zeigner und Bartsch (früher Redakteur der Neuen Leipziger Zeitung) werden als Schriftleiter genannt.

- 3.) Es wird bedauert, daß der Leipziger Rundfunk immer noch nicht in Betrieb genommen worden ist. Herr Dr. Köhler meint, daß es wohl möglich wäre, einen Drahtfunk einzurichten, der nicht über den Leipziger Bezirk hinausgeht.

Die Inbetriebnahme scheitert an der Militärregierung, die angeblich nicht die Leute für die Zensur zur Verfügung habe.

- 4.) Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g gibt bekannt, daß ein Herr Böhler die Tätigkeit der Wohlfahrts- und Jugendhilfe wieder aufziehen will.

- 5.) Herr Stadtrat W e b e r berichtet an Hand von umfangreichem Zahlenmaterial eingehend über den gegenwärtigen Stand der Stadtwerke. Hervorzuheben ist besonders, daß die Lage beim Gaswerk sehr ernst ist, da es nicht gelingt, Steinkohle heranzubekommen. Die Russen lassen keine Kohlenzüge aus dem Zwickauer Revier heraus. - Besondere Schwierigkeiten sind auch beim Wasserwerk vorhanden. Dort hat der Landrat zu Wurzen auf Veranlassung der russischen Militärregierung die Werke Canitz und Thallwitz beschlagnahmt. Daraus ergeben sich besondere Schwierigkeiten, die Werke in

Betrieb zu halten.

6.) Auf Veranlassung des Herrn Dr. Paulsen findet eine längere Aussprache über die Entnazisierung der Wirtschaft statt. Wie bereits einmal ausgeführt, haben die Amerikaner in dieser Hinsicht gesetzlich noch nichts veranlaßt. Sie erwarten vielmehr, daß die entsprechenden Maßnahmen von deutscher Seite in Angriff genommen werden.

Herr Dr. Paulsen ist der Meinung, daß man den Maßstab für den Abbau der Beamten in der Wirtschaft nicht anwenden könne. Starre Vorschriften könnten für die Wirtschaft überhaupt nicht aufgestellt werden. Daher habe er eine Form gesucht, die eine gewisse Einheit sicherstellt, aber Rücksicht nimmt auf die Belange der Wirtschaft. Für diese Fragen soll ein Hauptausschuß gebildet werden, der aus 5 Mitgliedern besteht, und zwar

einem unparteiischen Juristen an der Spitze,  
zwei Vertretern der Arbeiterschaft,  
zwei Vertretern der Unternehmerschaft.

Für das Ermittlungsverfahren im einzelnen Falle soll ein Ermittlungsausschuß gebildet werden aus

einem Wirtschaftsprüfer oder Juristen,  
einem Arbeiter aus dem betreffenden Betrieb,  
einem Unternehmer aus der betreffenden Branche.

Dieser Ermittlungsausschuß gibt seinen Ermittlungsbericht an den ständigen Ausschuß zur EntschlieÙung. Kommt man dort zu der Überzeugung, daß der Betriebsführer nicht mehr tragbar ist, muß der Hauptausschuß ihm nahelegen, die Betriebsführung in andere Hände zu übergeben.

Wenn der Unternehmer es aber ablehnt, die Konsequenzen aus dem Schiedsspruch zu ziehen, stehen der Wirtschaftskammer keine Machtmittel zur Verfügung. Herr Dr. Paulsen schlägt dann vor, daß die Sache an den Bürgermeister als amtliche Instanz abzugeben ist.

Herr Bürgermeister Dr. Vierling wendet gegen diesen Vorschlag ein, daß auch ihm zum Eingreifen die gesetzliche Grundlage fehlt.

Herr Müller hält es für wichtig, daß auch festgelegt wird, wie weit die Prüfung erfolgen soll. Soll man bis zum Prokuristen, bis zum Abteilungsleiter, bis zum Werkmeister oder bis zum Vorarbeiter gehen?

Niederschrift über die Sitzung des Beirates am 19. Juni 1945.

Punkt 8:

Herr Prof. Dr. L i t t fragt an, wie es mit der Zahlung der Gehälter an Reichs- und Landesbeamte, die bei Leipziger Dienststellen tätig sind, steht. Herr Bürgermeister Dr. V i e r l i n g erwidert darauf, daß derartige Gehälter künftighin gezahlt werden sollen aus dem Fond, der bei der Reichsbank für Einnahmen des Reiches, die aus Leipzig zufließen, gebildet werden wird; vor allem aus den Steuereinnahmen und den Einkünften aus reichseigenen Vermögenswerten. Wenn diese Einrichtung aufgenommen ist, was in den nächsten Tagen zu erwarten ist, können daraus die Gehälter für Reichs- und Landesbeamte bestritten werden

*die*  
Herr **H a b e r m a n n** ist der Meinung, daß dies in den Be-  
trieben verschieden zu beurteilen sein wird. Solange keine gesetz-  
liche Handhabe da ist, ist die Angelegenheit äußerst schwierig.

In der heutigen Aussprache kommt es zu keinem endgültigen Be-  
schluß.

- 7.) Es wird nochmals über das Problem der Schaffung einer Mittelinstanz  
(Regierungspräsidium) gesprochen. Die Schwierigkeiten wachsen da-  
durch, daß der Stadtkreis und der Landkreis 2 voneinander unabhän-  
gige Militärregierungen haben.

Herr Bürgermeister Dr. **V i e r l i n g** weist besonders darauf  
hin, daß die Angelegenheit nicht vorwärts komme, weil immer noch  
nicht entschieden sei, welche Besetzung Leipzig endgültig erhält.  
Die Schwierigkeiten seien aber überhaupt erst dadurch herbeigeführt  
worden, daß die nationalsozialistische Regierung die Regierungsprä-  
sidien aufgelöst und diese Aufgaben nach Dresden gezogen habe. Heu-  
te sei es natürlich schwer, diese Instanz wieder ins Leben zu rufen.

- 8.) Auf die Frage des Herrn Professor **L i t t** berichtet Herr Bürger-  
meister Dr. **V i e r l i n g**, daß die Zahlung der Gehälter an die  
Reichs- und Landesbeamten in Leipzig nunmehr geregelt sei. Alle  
Verwaltungen des Reiches und des Landes mit Ausnahme der Reichs-  
bank, der Reichsbahn und der Reichspost unterstehen jetzt dem Bür-  
germeister. Die Belastung der Stadtkasse für die Zahlungsverpflich-  
tungen sei natürlich nicht möglich, auch nicht verlagsweise. Es  
wird deshalb unter der Leitung der Reichsbank ein Konsortium ge-  
bildet. Die eingehenden Gelder werden in einem besonderen Stock ge-  
sammelt. Aus diesem Stock werden dann die Verbindlichkeiten er-  
stattet werden.



Beginn der Sitzung 15 Uhr,  
Ende 18 Uhr.

*M. Schme 24.16.45*

Unsern fidele  
zur Sitzung des Kirchenrat in Mattenbach  
am 19. 6. 45.

e. h.

Mentzenleer

Rupig.

~~Müller~~

~~Wimmer~~

H. Pauer

O. C. ...

...  
Ritt

Schmitt

Wittich

H. ...

...  
Piper

...

Außersordentliche Sitzung des Vorstandes der  
Matthäusalmengemeinde am 24. 6. 45.  
Anwesend:

- Dochter Millers
- Wittmann
- Stier
- Rüger
- Reißig
- Dr. Gans
- Mendel
- W. Gans
- Ritt
- W. Gans
- H. Hiller
- Reißig
- Stier
- Koch

Der Bürgermeister Dr. Hirsch hat den Vorstand auf die Angelegenheit  
für mich verbindlich festgestellt, daß der Gemeinderat gemäß den  
Bestimmungen der DGO. gebildet werden kann.

Es dankt den Herren im Namen der Matz. und ersucht  
für ihre Tätigkeit.

W. Gans 24. 6. 45.